

Landesregierung: Aderlass für Beamtinnen und Beamte?

Der DGB erwartet ein haushaltspolitisches Gesamtkonzept statt Sonderopfer der Beamtinnen und Beamten

Die Landesregierung will mit den zu erwartenden Steuermehreinnahmen den Haushalt konsolidieren. Sie strebt bereits für 2012 einen Haushalt ohne Neuverschuldung an. Dafür fehlen aber rund 380 Mio. Euro. Einen erheblichen Sparbeitrag sollen die Beamtinnen und Beamten bringen. Der DGB ist gegen solche Sonderopfer zur Haushaltssanierung. Da gibt es andere Möglichkeiten, z.B. eine Steigerung der Einnahmen.

Die neue Landesregierung will politisch neue Akzente in Bildung, Ökologie und weiteren Feldern setzen. Der DGB unterstützt diese Vorhaben. Zukunftsinvestitionen dürfen keinem Spardiktat zum Opfer fallen. Aber auch nicht die eigenen Beschäftigten. Einen Aderlass bei den Beamtinnen und Beamten lehnen wir ab! Wir machen auch keine Angebote wie es der Beamtenbund getan hat.



Der geschäftsführende DGB-Vorstand und die Vorsitzenden der Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes erläutern Dr. Schmid, Minister für Finanzen und Wirtschaft, dass eine andere Haushaltspolitik möglich sei.

Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften des öffentlichen Dienst verdeutlichten in den Gesprächen mit Finanz- und Wirtschaftsminister Dr. Schmid und auch mit dem SPD-Fraktionsvorsitzenden Schmiedel Mitte Oktober 2011, dass

ausgerechnet diejenigen einen Beitrag leisten sollen, die in den vergangenen Jahren bereits Reallohnverluste, Arbeitszeitverlängerung sowie Arbeitsverdichtung durch Stellenkürzungen hinnehmen mussten. Beamtinnen und Beamte sind nicht die Sparschweine des Landes!

Öffentlich ist wesentlich!

Der DGB fordert eine seriöse Aufgabenkritik und die Stärkung der Einnahmeseite, statt bei der Haushaltssanierung nur auf die Ausgabeseite mit ihren Personalkosten zu starren. Gute öffentliche Dienstleistungen brauchen gutes Personal.

Der öffentliche Dienst steht in Konkurrenz um qualifizierte Fachkräfte mit der Wirtschaft. Wer als attraktiver Arbeitgeber auftreten will, der sollte auch für gute Einkommen sorgen und nicht verlangen, dass das Personal noch Geld mitbringt.

Eine andere Haushaltspolitik ist möglich

Für den DGB ist klar: Es braucht ein längerfristiges Gesamtkonzept zur Haushaltspolitik, dass sowohl

intelligente (!) Einsparmöglichkeiten als auch die Steuereinnahmen im Blick hat. Die öffentlichen Haushalte müssen so ausgestattet werden, dass der Staat seine Aufgaben gut erfüllen kann. Eine nachhaltige Haushaltspolitik braucht keine neuen Sparrunden, sondern neue Einnahmen. Hierzu gibt es eine Reihe von Gestaltungsmöglichkeiten: die Wiedereinführung der Vermögenssteuer, die Erhöhung des Spitzensteuersatzes, die bessere Ausstattung der Steuerverwaltung und einen effektiveren Steuervollzug – ohne die Amnestie für Steuerflüchtlinge wie im Abkommen mit der Schweiz, die Finanztransaktionssteuer, eine effektive Bankenabgabe, eine höhere Erbschaftsteuer.

Die DGB-Gewerkschaften tragen eine Verschiebung der Besoldungserhöhung nicht mit

Weil der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften einen ganz anderen Ansatz in der Haushaltspolitik verfolgen, gibt es auch keine Notwendigkeit, als Interessensvertreter für Beschäftigte, der Landesregierung Vorschläge zum Aderlass des Personals zu machen.



Im Gespräch mit SPD-Fraktionsvorsitzenden Schmiedel und dem Innenpolitischen Sprecher Sakellariou weist der DGB auf die bereits erbrachten Beiträge der Beamtinnen und Beamten hin.

Erinnern Sie sich noch?

Damals, an Ihre Ernennung zu Lebenszeitbeamtin bzw. -beamten? Wurde Ihnen bei der Überreichung der Urkunde in feierlicher Stimmung eröffnet, dass Sie ein Kostenfaktor im Haushalt sind? Das Sie eine künftige Pensionslast werden? Es quasi besser sei, Sie brächten schon mal Geld mit, um die öffentlichen Haushalte zu entlasten?

Wir hoffen, die Ernennung lief anders. Sie wurden aufgenommen in ein Team und dürfen sich mit Engagement und Leidenschaft für die Bürgerinnen und Bürger ins Zeug legen.

Der DGB setzt sich dafür ein, dass Sie gute Arbeitsbedingungen bekommen!